



AUTOREN



PD Dr. Michael Wohlgemuth
Geschäftsführender Forschungsreferent
am Walter-Eucken-Institut in Freiburg i. Br.



PD Dr. Joachim Zweynert
Wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Thüringen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) und des Wilhelm-Röpke-Instituts in Erfurt.

KEYNESIANISMUS

Wie steht es mit dem Comeback des Keynesianismus? Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze gegen aktivistische „Bastard-Keynesianer“

Der Keynesianismus ist zurück. Man reibt sich verwundert die Augen, galt John Maynard Keynes doch seit etwa dreißig Jahren als derjenige, dessen Lehren ausufernde öffentliche Verschuldung, die hohen Inflationsraten sowie die steigende Arbeitslosigkeit der späten 1970er Jahre herbeigeführt haben. Die jetzige Krise zeige indes, so meinen viele, dass die Neoliberalen vom Schlage eines Milton Friedman in ihrem Glauben an die Selbstregulierung freier Märkte nunmehr widerlegt seien. Also zurück zum alten Keynes?

Ökonomie und Unsicherheit

Sicher, von Keynes können wir heute wieder eine Menge lernen. Denn anders als viele jener „Bastard-Keynesianer“ (so seine Cambridger Kollegin Joan Robinson), die sein Werk im Zeitgeist des Machbarkeitswahns der 1960er und 1970er darauf reduzieren wollten, eine Anleitung für eine nach allen Regeln der Ingenieurskunst zu betreibende Globalsteuerung zu liefern, war Keynes in erster Linie ein Ökonom der Unsicherheit. Individuen, so lehrte er, orientieren sich aufgrund ihrer Unsicherheit häufig an den Handlungen ihrer Mitmenschen. Daraus resultiere ein Herdentrieb, der im Boom zu übertriebenem Optimismus und in der Krise zu übertriebenem Pessimismus führe.

Hier setzt auch Keynes' Therapie an: Wenn selbst ein Zinssatz von null aufgrund pes-

simistischer Erwartungen die Investoren nicht zum Investieren und die Konsumenten nicht zum Kaufen anregen kann (Konstellation der Liquiditätsfalle), dann versagt die Geldpolitik, und der Staat muss durch umfangreiche Ausgabenprogramme selbst für Nachfrage sorgen. Die Aktualität von all dem ist offenkundig. Niemand wird bestreiten wollen, dass der Herdentrieb entscheidenden Anteil an der Subprime-Krise hatte; und es ist durchaus diskutabel, ob ein staatliches Konjunkturprogramm in der heutigen Ausnahmesituation geboten ist, um einen Nachfrageimpuls zu setzen und Vertrauen wieder herzustellen. So weit wäre das heutige Keynes-Revival zu begrüßen.

Greenspan als „Bastard-Keynesianer“

Heute geht es aber um weit mehr als die Frage, ob Keynes Erkenntnisse geliefert hat, die für die Gegenwart aktuell sind. Vielmehr werden mit Verweis auf ihn das Ende des Neoliberalismus und der Primat einer lenkenden Geld- und Fiskalpolitik verkündet. Genau hier beginnt der Trugschluss. So unbestritten das Versagen vieler Marktteilnehmer auch ist, so wenig darf der Anteil des Staates an der Krise übersehen werden. Im Stile eines – allerdings in marktliberaler Rhetorik überaus versierten – „Bastard-Keynesianers“ (und in krassem Gegensatz zu den Empfehlungen eines Milton Friedman) flutete der vormalige US-

Notenbankpräsident Alan Greenspan die Märkte immer dann mit Liquidität, wenn ein Abschwung zu befürchten war.

Dabei war es spätestens nach der New-Economy-Blase offenkundig, dass die amerikanische Volkswirtschaft dringend einer „Reinigungskrise“ (nach Schumpeter) bedurfte. Auch wenn die Verbraucherpreise zunächst nicht stiegen: Überbordende Liquidität versickert in einer Volkswirtschaft nicht einfach. Und es war kein Zufall, dass sie vor allem in den amerikanischen Immobilienmarkt floss. Es gehörte zum sozialpolitischen Traum des Rooseveltischen New Deal, auch jenen zu einem eigenen Heim zu verhelfen, die sich das eigentlich nicht leisten konnten. Dafür waren seinerzeit die halbstaatlichen Banken Fannie Mae (1938) und Freddie Mac (1968) geschaffen worden; und dafür wurden Risikokredite auf vielfältige Weise staatlich gefördert.

Beides, der Versuch, notwendige Struktur- anpassungs-Krisen durch eine expansive Geldpolitik zu verhindern, und das Ziel, ein staatliches Sozialbeglückungs-Programm zu verwirklichen, schuf erst jenes Umfeld, in dem private Akteure gehörig dazu beitragen konnten, dass Keynes' Depressionstheorie heute wieder aktuell ist. Festzuhalten aber ist: Ausgelöst wurde diese Krise zu einem beträchtlichen Teil durch Konzepte, die wohl kaum im Sinne des pragmatischen Ökonomen John Maynard Keynes waren, durchaus aber im Sinne viele seiner heutigen Apologeten.

Wie aber steht es mit dem sogenannten Hauptverdächtigen, mit dem Neoliberalismus? Zunächst einmal ist festzustellen, dass es „den“ Neoliberalismus nie gegeben hat. Vielmehr muss vor allem zwischen den Lehren der Chicago School um Milton Friedman und dem deutschen Neolibera-

lismus eines Walter Eucken oder Wilhelm Röpke unterschieden werden. Während die „Chicago boys“ als Reaktion auf Keynes tatsächlich einen weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wirtschaft befürworteten, verstanden die deutschen Neoliberalen ihr Gesellschaftskonzept ausdrücklich als eine Art „dritten Weg“ jenseits von „Laissez-faire“-Kapitalismus und Sozialismus.

Auch ihre Ideen entstanden unter dem Eindruck der großen Depression. Die Beobachtung, dass sich selbst überlassene Märkte durchaus nicht unter allen Umständen zu Stabilität und Selbstregulierung neigen, führte sie zu Schlussfolgerungen, die denen von Keynes direkt entgegengesetzt waren: Statt den Wirtschaftsprozess zu lenken, solle der Staat der Wirtschaft durch klare und transparente Regeln einen Ordnungsrahmen vorgeben, innerhalb dessen er den privaten Akteuren freie Hand lassen müsse. Dabei wies Eucken gerade dem Haftungsprinzip überragende Bedeutung zu: „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen. Investitionen werden umso sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese haftet. Die Haftung wirkt insofern also prophylaktisch gegen die Verschleuderung von Kapital und zwingt dazu, die Märkte sorgfältig abzutasten.“ Die staatliche Aufgabe, durch klare und transparente Regeln die Kapitalmärkte effizient zu kontrollieren, ist in den USA in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt worden – und das hat durchaus etwas mit falsch verstandenem wirtschaftlichem Liberalismus zu tun. Aber nicht die vielkritisiertere „Gier“ der Bankmanager war der entscheidende Grund für die Krise, fatal war vielmehr die Möglichkeit, Risiken zu verschleiern und zu verschieben.

Das Prinzip „Haftung“

So wurde das Prinzip „Haftung“ in den

USA durch eine verhängnisvolle Mischung aus geldpolitischer Expansion, sozialpolitischem Dirigismus und laxer Regulierung der Kapitalmärkte außer Kraft gesetzt. Solche Krisen können künftig nur verhindert werden, indem der Staat der Wirtschaft eine Ordnung gibt, die für Transparenz sorgt und Fehlanreize minimiert, und im Übrigen von Eingriffen in den Wirtschaftsprozess so weit wie möglich absieht. Dazu gehört auch der Grundsatz, die Geldmenge am Produktionspotenzial auszurichten und keine Sozialpolitik gegen die Gesetze des Marktes zu betreiben.

Die Lehren des John Maynard Keynes werden möglicherweise kurzfristig helfen können, die heutige Krise zu mildern. Ihre Ursache aber ist weit eher in vulgärkeynesianischen Verwerfungen zu suchen als in neoliberalen Vorgaben. Deshalb ist eine Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze geboten, um konstituierenden Prinzipien der Marktwirtschaft wie persönliche Haftung, stabiles Geld und verlässliche Politik wieder zu jener Geltung zu verhelfen, ohne die die Marktwirtschaft langfristig nicht lebensfähig ist.

Dieser Beitrag ist am 16. Januar 2009 in der „Neuen Zürcher Zeitung“ erschienen.

Beide Autoren sind Mitglieder der „Jenaer Allianz“, die sich nach dem Symposium und Festakt „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ gebildet hat, die am 19. und 20. Juni 2008 in Jena stattgefunden haben. Die Jenaer Allianz hat es sich zur Aufgabe gesetzt, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in seinem wesentlichen Kern zu bewahren und zugleich Vorschläge zu erarbeiten, um es an die Erfordernisse der 21. Jahrhunderts anzupassen.